

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **69 (1982)**

Heft 7: **Bibelunterricht auf der Unterstufe**

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

ohne nennenswerte berufliche Verwendbarkeit gegenüber Schularten und Bildungsgängen mit berufspraktisch-technisch-handwerklicher Bildung und wesentlich besserer beruflicher Verwendungsmöglichkeit deutlich bevorzugt. Es geht zwar immer um die Bildung des ganzen Menschen, doch es sollte nicht so sein, dass zwei linke Hände ins Handwerk und ausgeprägte praktische Begabungen in Bildungsgänge mit höchsten theoretisch-abstrakten Ansprüchen eintreten. Solange aber die öffentliche Wertschätzung Einseitigkeiten im Bildungsbegriff signalisiert und der Bildungsstandard bloss an der Zahl der AHS-Maturanten und der Akademiker gemessen wird, werden sich die künstlerisch begabten und werktätigen Hände in die für sie auch stresshaften Bildungsgänge begeben, um ihr Selbstwertgefühl nicht gesellschaftlich ramponieren lassen zu müssen. Das Herz, die Charakter- und Gewissensbildung, die soziale Begabung als anständiges Auskommen mit dem Partner im persönlichen und gesellschaftlichen Leben scheint dabei überhaupt deutlicher unter die Räder zu kommen.

Zudem ist die Schule selbst überfordert. Man glaubte der Wissensexplosion und den vermehrten Lebenserfordernissen dadurch begegnen zu können, dass immer neue Aufgaben in Form von Unterrichtsgegenständen,

Lehrinhalten, Unterrichtsgrundsätzen und Sonderaufträgen an die Schulen delegiert worden sind. Gleichzeitig wurde zumindest ein Teil der Lehrerbildung sträflich vernachlässigt, so dass überforderte Schulen und teils überforderte Lehrer eine Problemverstärkung erzeugen mussten. Dem wäre nur über eine Strukturreform der Lehrpläne, Hauptanliegen der Inneren Schulreform, beizukommen. Ihre Imperative müssten etwa lauten: weniger, gründlicher, motivierender, selbsttätiger, verbindender, verbindlicher, planvoller, kritischer, sprachlicher, erzieherischer, anwendbarer, helfender, fordernder.

Insgesamt scheint junges Leben aus vielen Gründen heute mehr überfordert zu sein. Gleichzeitig hege ich aber die feste Zuversicht, dass wir viele Möglichkeiten hätten, bessere Verhältnisse herzustellen, weil wir die Übelstände erkennen, bislang aber meinten, im schulischen Bereich etwa über blosser Organisationsreformen weiterzukommen, statt die Schulen von innen her zu erneuern.

* Gekürzte Wiedergabe eines Referates, gehalten an der Pädagogischen Tagung des Christlichen Lehrervereins für Oberösterreich in Linz am 15. Mai 1981, abgedruckt in den Oberösterreichischen Schulblättern, Heft 5, Juli 1981, S. 3–6.

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Die Stiftung Dialog startet neuen Versuch

Anderthalb Jahre nach dem Eklat kann die überparteiliche Stiftung Dialog ihre Aktivitäten im Rahmen der politischen Weiterbildung wieder fortsetzen. Nachfolger des zurückgetretenen Dialog-Präsidenten Pierre Hirschy wurde Nationalrat Paul Wyss (FDP, BS). Bis Ende Jahr sollen drei neue «Dialog»-Nummern herausgegeben und die Unfallverhütungskampagne «Jugendliche für mehr Sicherheit» weitergeführt werden.

Die Stiftung Dialog bleibt weiterhin Herausgeberin des Jugendmagazins «Dialog» und zeichnet allein verantwortlich für die Redaktion. Die kommerzielle Seite nimmt die im November gegründete Dialogs-Verlags AG (Klett und Balmer Verlag, Zug, und Büchler und Co. AG, Wabern) wahr, der die Nut-

zungsrechte der deutschen, italienischen und rätoromanischen «Dialog»-Ausgaben übertragen wurden.

Als Redaktor für die Zeitschrift zeichnet der Radioredaktor Marc Furrer verantwortlich. Nach seinen Ausführungen soll das 16- bis 21jährige Zielpublikum aktiv in der Zeitschrift vertreten sein. Man wolle nicht nur über die Probleme der Jugendlichen schreiben, sondern diese sollten selbst zum Zuge kommen. Das Magazin solle ein echtes Diskussionsforum für den Dialog zwischen Schülern und Lehrern, Familie, Arbeitgeber usw. werden. Mit frecher Aufmachung wolle man das Gespräch auch provozieren und die wirklichen Themen aus dem Alltag der Jugend aufgreifen, z.B. Umwelt, Frieden, Schutzalter, Schulfragen.

CH: Erziehungsdirektorenkonferenz für Spätsommer-Schulbeginn

An Ihrer Tagung vom 17. März sprachen sich die Erziehungsdirektoren erneut für den Schuljahresbeginn im Spätsommer im Hinblick auf die Volksabstimmungen in den Kantonen Bern und Zürich vom 6. Juni 1982 aus. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, dass die Stimmbürger dieser beiden Kantone einer Verlegung des Schuljahresbeginns auf Mitte August zustimmen möchten. Sie kämen damit nicht nur den zweisprachigen Kantonen und den Sprachgrenzgebieten entgegen, es würde auch der Beweis erbracht, dass eine Schulkoordination und die Kooperation auf föderalistischer Basis möglich sind. Nachdem das Solidaritätswerk der Mitfinanzierung der kantonalen Hochschulen durch die Nicht-Hochschulkantone in äusserst kurzer Zeit zustande gekommen ist, will die EDK alles unternehmen, um auch im Bereich der Schulorganisation der Volksschulen gemeinsame Lösungen zu finden, ohne dass es zu Spannungen zwischen Majorität und Minoritäten kommt. Sie ist überzeugt, dass die Verlegung des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer ohne nennenswerte pädagogische Nachteile für das Kind vollzogen werden kann.

CH: Wann soll das Schuljahr beginnen?

Im Spätsommer. Diese Antwort geben die Delegierten der Konferenz Schweizerischer Lehrerorganisationen zum zweitenmal mit 34 gegen 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Die Koordination des Schuljahresbeginns in der Schweiz ist nicht so sehr eine pädagogische, sondern eine staatspolitische Frage. Es geht darum, dass in der Volksabstimmung vom 5./6. Juni in den Kantonen Zürich und Bern die Weichen gestellt werden für eine Übereinstimmung des Schuljahresbeginns der Nordwest- und Ostschweiz mit der Zentralschweiz und Graubünden sowie mit der Romandie und dem Tessin. Die Parlamente der Kantone Zürich und Bern haben gesamtschweizerischem Interesse zu diesem Schritt Hand geboten. Die Lehrerschaft der einzelnen Kantone ist aus verschiedensten Gründen geteilter Meinung. Sie befürwortete hingegen mit grossem Mehr eine gesamtschweizerische Koordination und den Weg über die Volksabstimmung.

Die Delegierten der KOSLO wenden sich deshalb an alle Lehrerinnen und Lehrer sowie an die Stimmbürger der Kantone Bern und Zürich, der Umstellung des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer zuzustimmen. Durch diesen Volksentscheid wird die angestrebte Übereinstimmung des Schuljahresbeginns und damit ein Ziel des kooperativen Föderalismus erreicht. (SLZ)

CH: Immer mehr Studenten

Die Zahl der Studienanfänger in der Schweiz hat im Studienjahr 1981/82 mit 13100 Einschreibungen – rund 1000 mehr als im Vorjahr – einen neuen Höchststand erreicht. Wie das Bundesamt für Statistik mitteilt, wählten die Studienbeginner vor allem Fächer aus den Geisteswissenschaften, während das Interesse an Medizin und Ingenieurwissenschaften etwas nachliess.

Der Trend zu einer besseren Vertretung der Frauen an den Hochschulen hat sich auch im Wintersemester 1981/82 fortgesetzt. Mit 34 Prozent überstieg ihr Anteil erstmals ein Drittel der Studierenden (Vorjahr 32 Prozent). Der Ausländeranteil hat sich mit etwas über 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr verändert. Im Wintersemester waren an den zehn schweizerischen Hochschulen und an der Theologischen Fakultät Luzern insgesamt 63900 Studenten eingeschrieben; das sind vier Prozent mehr als im Vorjahr.

CH: Numerus clausus in Medizin?

Um im Juni vor «bösen Überraschungen geschützt zu sein», erarbeitet die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK) vorsorgliche Modelle für die Einführung von Zulassungsbeschränkungen für Medizinstudenten.

Wie der Generalsekretär der SHK, Dr. Rolf Deppeler, kürzlich gegenüber der Nachrichtenagentur The Associated Press erklärte, sollen die Massnahmen für eine Zulassungsbeschränkung im Herbst 1982 nur in Kraft treten, falls die Zahl der Anmeldungen für das Medizinstudium eine ähnliche Zuwachsrate wie im vergangenen Jahr aufweisen sollte. Nach Angaben von Rolf Deppeler sollen kurzfristig qualitative Massnahmen oder auch administrative Kriterien beigezogen werden.

Der Ausschuss der SHK habe verschiedene Varianten erörtert. Dabei soll sich ein leichtes Übergewicht für Selektionsmassnahmen ergeben haben, die vor dem Eintritt in die Hochschule angewendet würden. Ausschlaggebend seien beispielsweise die Noten des Maturazeugnisses oder der Zeitpunkt der Anmeldung.

Ausserdem werde die Möglichkeit des Lossystems diskutiert. Bei Zurückweisung eines Kandidaten müsse besprochen werden, ob ihm im kommenden Jahr mehr Chancen eingeräumt werden sollen als jenen Kandidaten, die sich zum ersten Mal bewerben.

Der endgültige Entscheid über die Einführung des Numerus clausus werde am 24. Juni gefällt. Die Plenarversammlung der SHK entscheide dann über die Notwendigkeit von Zulassungsbeschränkungen anhand der bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Anmeldungen. Schon jetzt stehe aber fest, dass

auch in diesem Jahr zahlreiche Studenten der Medizinischen Fakultät an andere Universitäten umgeleitet werden müssen.

BE: Schule im Berner Jura wird wieder geöffnet

Nach zweijährigem Unterbruch wird die Schule der kleinen Gemeinde Sornetan im Berner Jura im nächsten August, auf Beginn des neuen Schuljahres, wieder geöffnet. Diesen Beschluss hat die Gemeindeversammlung von Sornetan gefasst.

Im Februar 1980 hatte die mehrheitlich antiseparatistische Gemeindeversammlung beschlossen, den separatistischen Gesamtschullehrer Gérard Rottet nicht mehr wiederzuwählen. Daraufhin beschloss der Lehrerverein des Berner Juras, den Lehrerstellen für die in den Statuten vorgesehene längste Dauer von zwei Jahren zu boykottieren. Als Konsequenz schloss die Gemeinde Sornetan ihre Schule; die Kinder mussten die Schule der Nachbargemeinde Châtelat besuchen. Nach Ablauf des Boykotts wird die Schule nun wieder geöffnet.

SZ: Umfangreicher Bericht über die Drogensituation

Im Kanton Schwyz registrierte man im Jahr 1980 insgesamt 292 Personen, die mit Drogen in Kontakt gekommen waren. Ein soeben erschienenenes Konzept über die Drogenhilfe im Kanton Schwyz zeigt auf, dass der Missbrauch von Betäubungsmitteln in allen Regionen des Kantons verbreitet ist. Als eine der wichtigsten Massnahmen schlägt das Konzept eine Beratungsstelle für Drogenprobleme vor. Für die Finanzierung dieser Beratungsstelle, welche inzwischen bereits eröffnet wurde, hat der Kanton einen Beitrag von 86000 Franken im Budget 1982 bewilligt.

Das vor ziemlich genau einem Jahr fertiggestellte Konzept über die Schwyzer Drogenhilfe enthält einerseits aufschlussreiches Zahlenmaterial über die Schwyzer Drogenszene, und fordert andererseits eine Reihe von Massnahmen zur Vorbeugung und Behandlung der Drogenabhängigkeit.

Das Konzept schlägt eine Reihe von Massnahmen zur Suchtprophylaxe in den Schulen, eine breite Aufklärungsarbeit und eine intensive Zusammenarbeit der einzelnen mit dem Drogenproblem konfrontierten Institutionen vor. In erster Linie aber wird eine Beratungsstelle für Drogenprobleme postuliert. Diese ist am 1. April 1982 bereits eröffnet worden; an diesem Datum nahm ein speziell für Drogenfragen ausgebildeter und angestellter Sozialarbeiter seine Tätigkeit beim sozialmedizinischen Dienst in Einsiedeln auf.

ZG: Hauswirtschaft nun auch für die Kantonsschüler

Mit der Aufhebung des Hauswirtschaftsobligatoriums beschloss der Zuger Kantonsrat die Einführung eines Hauswirtschaftskurses von zwei Wochen Dauer in der 2. Klasse und eines einwöchigen «Wiederholungskurses» in der 4. Klasse des Gymnasiums. Damit ist nun auch für die Kantonsschüler und -schülerinnen das Fach Hauswirtschaft in den regulären Stundenplan integriert worden, nachdem vor bereits zwei Jahren für die Sekundarschüler und -schülerinnen Hauswirtschaftsunterricht als obligatorisches Unterrichtsfach eingeführt worden war. Diese Regelung hat nicht überall Zustimmung gefunden. Während einerseits Kritik darüber laut wurde, dass Hauswirtschaft überhaupt zu einem obligatorischen Schulfach auch für Knaben erklärt worden ist, bemängelten andererseits einige Kantonsräte (vor allem weiblichen Geschlechts) den Umstand, dass das Fach Hauswirtschaft an der Kanti lediglich im Rahmen eines Konzentrationskurses angeboten werden soll. Der Kurs, der erstmals 1985 durchgeführt wird – erst dann stehen nämlich die entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung –, dürfte auch für andere Kantone, wo ähnliche Bestrebungen im Gange sind, als Versuch von Interesse sein.

FR: Bald Numerus clausus an der Uni Freiburg?

Der freiburgische Erziehungsdirektor, Staatsrat Marius Cottier, hat zwei Gesetzesentwürfe vorgestellt, mit denen der Kantonsregierung die Kompetenz eingeräumt werden soll, für die Universität und das Kantonale Lehrerseminar Zulassungsbeschränkungen zu verfügen. Möglicherweise wird an der Universität Freiburg schon im kommenden Herbst für Medizinstudenten die Zulassung beschränkt werden müssen.

Mit dem Entwurf für eine Ergänzung des freiburgischen Universitätsgesetzes soll der Staatsrat ermächtigt werden, die Zulassung von Studenten für bestimmte Lehrgebiete zu beschränken, falls die Aufnahmefähigkeit der Universität dies erfordert. Die Kriterien für die Auswahl der Studienbewerber würden durch den Staatsrat festgelegt.

Gemäss Prognosen des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft wird die Anzahl Studierender an schweizerischen Universitäten von heute etwa 61000 bis 1990 auf 74000 ansteigen. Stark zunehmend ist vor allem die Zahl der Medizinstudenten. Die freiburgische Kantonsregierung verweist darauf, dass auch die Kantone Genf (1973), Basel-Stadt (1974) und Waadt (1977) die Möglichkeit der Zulassungsbeschränkung geschaffen haben.

AG: Kein Abbruch der Französischversuche

Der Grosse Rat des Kantons Aargau hatte zu einem Vorstoss eines Parlamentariers Stellung zu nehmen, der unverzüglich den Abbruch jeglicher Bemühungen um eine Vorverlegung des Französischunterrichts forderte. Ausgelöst wurde dieser Vorstoss nicht zuletzt durch die Aktion der Oltenener Lehrer, die sich gegen eine Vorverlegung richtet, sowie durch zahlreiche kritische Stimmen aus der Lehrerschaft des Kantons Aargau, insbesondere aus Kreisen der Primarlehrer.

Nachdem nun momentan im Aargau ein Französischversuch läuft und zudem der Erziehungsrat im Rahmen der Lehrplanrevision den Auftrag erteilt hat, Abklärungen im Hinblick auf eine mögliche Vorverlegung zu treffen, war eine grosse Mehrheit des Rates der Meinung, ein Abbruch der Bemühungen im jetzigen Zeitpunkt sei verfrüht.

Aus den meisten Voten ging allerdings sehr deutlich hervor, dass man einer Vorverlegung des Französischunterrichts sehr skeptisch gegenübersteht. Wenn der Rat den Vorstoss auf Abbruch nicht überwiesen hat, so bedeutet dies deshalb noch lange nicht grünes Licht für eine Vorverlegung im Aargau.

(SLZ)

TI: Tessiner Hochschulzentrum zurückgestellt

Angesichts der prekären Finanzlage des Kantons Tessin muss die Realisierung des geplanten Hochschulzentrums der italienischen Schweiz (CUSI) zurückgestellt werden. Der Tessiner Staatsrat hat beschlossen, die entsprechende Botschaft dem Kan-

tonsparlament nicht vor Beginn der nächsten Legislaturperiode – das heisst April 1983 – vorzulegen.

NE: Sparübungen in der Neuenburger Schule

Eine der traditionsreichsten Bergschulen im Kanton Neuenburg, die Schule von La Joux-du-Plâne im Val-de-Ruz, wird im August endgültig schliessen. 1861 ins Leben gerufen, zählt diese Schule heute nur noch fünf Schüler, welche ab August in die Schule von Derrière-Pertuis geführt werden.

Die Einwohner von La Joux-du-Plâne hatten sich mit allen Argumenten gegen die Schliessung ihrer Schule gewehrt.

Der Kanton Neuenburg hat die Sparbremse ohnehin nun bei der Erziehungsdirektion angesetzt. Die Bevölkerungsverluste der letzten Jahre haben bereits die Schliessung von 70 Schulklassen unumgänglich gemacht. Durch weitere Rationalisierungen sollen noch einmal 55 Schulklassen aufgehoben werden. Zwanzig Primarklassen werden im August 1982 geschlossen, fünfzehn weitere ein Jahr später. Ebenfalls zwanzig Sekundarklassen werden in den kommenden zwei Jahren geschlossen. Diese Klassenschliessungen haben ihre Ursache im Geburtenrückgang der letzten Jahre: 1966 wurden im Kanton Neuenburg noch 2697 Geburten verzeichnet, 1980 waren es nur noch 1622. Mit den vorgesehenen Klassenschliessungen können jährlich 2,3 Millionen Franken eingespart werden. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird sich für die Lehrer 1983 stellen. Die Gewerkschaften, welche die Interessen der Lehrer wahren, können gegen diese Entlassungen allerdings nicht viel unternehmen.

Umschau

Lehrer-Schwächen ausgenutzt

Nicht autoritär, sondern eher als Gleichgestellte sollten Lehrer ihre Schüler behandeln – so predigten vor allem in den siebziger Jahren progressive Pädagogen. Lehrer, die sich an das Rezept hielten, scheiterten zumeist. Warum der antiautoritäre Unterricht nicht funktioniert, hat nun der Oxforder Erziehungswissenschaftler Rom Harre ergründet: «Lehrer, die von den Schülern nicht Respekt und Gehorsam fordern, werden als Trottel angesehen und auch so behandelt», lautet das Fazit seiner Studie. Sechs Jahre lang hatten Harre und seine Mitarbeiter Schüler in Arbeitergebieten und Mittelklasse-Vierteln danach befragt, bei welchen Lehrern sie

regelmässig Rabatz machen und wie ihre Lieblingslehrer den Unterricht führten. Am meisten schätzten die Schüler solche Lehrer, so stellte sich heraus, «die Distanz zur Klasse halten und einfach erwarten, dass ihnen gehorcht wird». Die grösste Achtung bringen Schüler einem Lehrertyp entgegen, «der fast aus dem Bilderbuch stammen könnte – grauhaarig, pfeifenrauchend, streng und altmodisch» (Harre). Progressive Lehrer hingegen, die sich kumpelhaft in Sprache und Kleidung ihren Schülern anpassen und den Unterricht auf die kameradschaftliche Tour mit weicher Hand führen wollen, sind bei den Jugendlichen unpopulär. Harre: «Ihre Nachgiebigkeit wird als Schwäche angesehen und weidlich ausgenutzt.» («Der Spiegel»)